



Mit Traktor und Transparenten vor dem Thüringer Landtag: Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Mitteldeutschland übergaben gestern ihre Vorschläge und Forderungen für eine umwelt- und klimaverträgliche Landwirtschaft an Klaus Sühl (2. v. rechts), Staatssekretär im Linke-geführten Thüringer Agrarministerium. Im Bild von links: Michael Grolm, AbL-Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert und ganz rechts Ulrich Müller. Foto: Volkhard Paczulla

# Rot-Rot-Grün soll endlich Bauern fördern, nicht nur Agrarindustrie

TA 12.09.2017

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sieht sich einig mit Wünschen der Verbraucher: Mehr Klasse statt Masse

VON VOLKHARD PACZULLA

**Erfurt.** Bäuerliche Landwirtschaft oder „Agrarfabriken“? Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist der Ansicht, Deutschland habe durchaus die Wahl, sich für eine Seite zu entscheiden.

Eine Abordnung der AbL Mitteldeutschland kreuzte gestern Mittag mit Traktor und Transparenten vor dem Thüringer Landtag auf, um die Politik auf die La-

ge im Agrarsektor aufmerksam zu machen. Zeitgleich liefen ähnliche Aktionen der AbL in allen Flächenländern der Bundesrepublik.

Für die Landesregierung nahm Agrar-Staatssekretär Klaus Sühl die Forderungen und Vorschläge der Einzel Landwirte entgegen. Der Spitzenbeamte des Linke-geführten Ministeriums stimmte zwar zu, dass in der Nutztierhaltung mehr für das Tierwohl getan werden müs-

se und dass es auch darum gehe, umweltschonendere Methoden bei der Lebensmittel-Erzeugung zu finden. Aber, sagte Sühl, „als Landesregierung tragen wir auch Verantwortung für jene Unternehmen, die 90 Prozent der Thüringer Landwirtschaft ausmachen“.

Einzelbauernwirtschaft, ob Bio oder im konventionellen Betrieb, führt im Freistaat nach wie vor ein Nischendasein. Die AbL vertritt die Meinung, die Mas-

senproduktion großer, durchrationalisierter Betriebe, die obendrein bei der Agrarförderung bevorzugt würden, sei ein Irrweg. Mehr „Klasse statt Masse“, sagte AbL-Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, würde zunehmend auch den Wünschen vieler Verbraucher entsprechen. Nur müsse das die Politik auch wollen, betonte Wöllert, der einen Familienbetrieb mit Milchvieh bei Eisenach führt. Er warf dem Bund vor, eine Warenkennzeichnung

von tierischen Produkten nach Art der Haltungsbedingungen bisher verhindert zu haben. Sühl sicherte den Bauern zu, Thüringen werde eine bundesgesetzliche Kennzeichnung unterstützen. Bei der AbL-Forderung nach Obergrenzen des Tierbestandes ging er jedoch nicht mit. Auch die Grünen als Koalitionspartner, die Zuschüsse für die Massentierhaltung in Thüringen unterbinden wollen, konnten sich bisher nicht durchsetzen.